



EUROPÄISCHER  
RECHNUNGSHOF

DE

## Rede

Luxemburg, den 8. November 2016

# Rede von Klaus-Heiner Lehne, Präsident des Europäischen Rechnungshofs

Vorstellung des Jahresberichts des Europäischen Rechnungshofs zum  
Haushaltsjahr 2015

vor dem Rat der Europäischen Union (Wirtschaft und Finanzen)

Brüssel, den 8. November 2016

Es gilt das gesprochene Wort.

## ECA Press

Mark Rogerson - Sprecher

T: (+352) 4398 47063

M: (+352) 691 55 30 63

Damijan Fišer - Pressereferent

T: (+352) 4398 45410

M: (+352) 621 55 22 24

12, rue Alcide De Gasperi - L-1615 Luxembourg

E: [press@eca.europa.eu](mailto:press@eca.europa.eu) @EUAuditorsECA [eca.europa.eu](http://eca.europa.eu)

Herr Vorsitzender,

meine Damen und Herren Minister!

Es freut mich, Ihnen heute den Jahresbericht des Europäischen Rechnungshofs vorstellen zu dürfen. Dies ist für mich die erste ECOFIN-Tagung seit meiner Wahl zum Präsidenten des Hofes, und ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um nach vorne zu schauen, aber auch zurückzublicken - zu überlegen, wie sich die EU-Finanzordnungspolitik in den kommenden Jahren entwickeln sollte, aber auch die unmittelbare Vergangenheit zu betrachten.

Ich glaube, dass wir - die Europäischen Institutionen - in gewissem Maße das Vertrauen unserer Bürger verloren haben. Das Geld, das wir ausgeben, gehört den Bürgern, und die EU wird vor der großen Herausforderung stehen, deren Vertrauen zurückzugewinnen. Klar ist, dass wir Reformen brauchen und dass sich diese Reformen auf ein stabiles finanzielles Fundament stützen müssen. Dies erfordert meines Erachtens vier Elemente: Die EU muss für eine ordnungsgemäße Rechnungsführung sorgen. Sie muss sicherstellen, dass ihre Finanzvorschriften korrekt befolgt werden. Sie muss die Mittel optimal verwenden. Und sie muss Transparenz und Zuverlässigkeit gewährleisten.

Wie können uns die Menschen vertrauen, wenn sie nicht davon überzeugt sind, dass wir gut auf ihr Geld achten sowie klar darüber Buch führen und Rechenschaft ablegen?

In seinem Jahresbericht zum Haushaltsjahr 2015 gelangt der Hof zu der Schlussfolgerung, dass die EU-Jahresrechnung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt. Es kann jedoch noch mehr getan werden. Beispielsweise hat die Kommission für die nächsten sieben bis zehn Jahre keine Cashflow-Prognose erstellt. Eine solche Prognose würde dazu beitragen, Vertrauen wiederaufzubauen. Die mittelfristige Zahlungsvorausschätzung der Kommission ist allerdings ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Zweitens muss die Europäische Union sicherstellen, dass ihre Finanzvorschriften korrekt befolgt werden.

Zwar werden die Zu- und Abflüsse des derzeitigen EU-Haushalts genau verbucht, jedoch unterlaufen bei der Mittelverwendung immer noch zu viele Fehler. Gemäß unserem Jahresbericht liegt die geschätzte Fehlerquote bei 3,8 %. Im Großen und Ganzen ist sie ähnlich hoch wie in den Vorjahren, aber auch weiterhin höher, als es wünschenswert wäre. Zu Fehlern kommt es insbesondere in den Mitgliedstaaten. In unserem diesjährigen Sonderbericht über staatliche Beihilfen in der Kohäsionspolitik stellten wir beispielsweise fest, dass die von den Mitgliedstaaten ermittelte Quote

von Verstößen nur ein Fünftel der vom Hof und von der Kommission bei ihren Prüfungen ermittelten Quote beträgt.

Die Kommission hat Maßnahmen getroffen, um ihre Risikobewertung zu verbessern und die Auswirkungen der Korrekturmaßnahmen zu erhöhen. Allerdings besteht auch hier Verbesserungsbedarf. Für den europäischen Steuerzahler wäre es weitaus besser, wenn die Kommission und die Mitgliedstaaten die Mittel von vornherein ordnungsgemäß ausgeben würden.

Unser Sonderbericht über den Seeverkehr in der EU ergab, dass viele Investitionen in Seehäfen weder wirksam noch nachhaltig waren. Wir ermittelten, dass ein hohes Risiko dafür besteht, dass ein Betrag von rund 400 Millionen Euro verschwendet wurde. Straßen- und Schienenanbindungen an das Hinterland der Häfen waren oft nicht vorhanden oder unzulänglich. Daher wird es nötig sein, weitere öffentliche Mittel einzusetzen, damit die ursprünglichen Investitionen genutzt werden können. Die Empfehlungen in unseren Berichten sollen dazu führen, dass künftig bessere Investitionen getätigt werden. Dies dürfte dazu beitragen, das Vertrauen der Bürger zurückzugewinnen.

Es ist auch möglich, Fehler durch eine bessere Gestaltung der Ausgabenregelungen zu verringern. Wie aus mehreren unserer Sonderberichte hervorgeht, trifft dies besonders auf die Landwirtschaft zu. Die Bürger können keinem System vertrauen, das sie nicht verstehen. Und das bringt mich zum dritten Element, auf das ich hingewiesen habe: eine solide Finanzordnungspolitik.

Unsere Bürger erwarten zu Recht, dass die EU für eine optimale Mittelverwendung sorgt. Denn selbst wenn sichergestellt wird, dass alle Mittel korrekt ausgewiesen und alle Vorschriften beachtet werden, so bedeutet dies noch lange nicht, dass bei EU-finanzierten Projekten ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis erzielt wird. Die Bürger müssen das Gefühl haben, dass ihnen die EU einen Mehrwert bieten kann.

Wenn die Menschen sich nicht sicher sein können, ob ein System für sie von Nutzen ist, können wir nicht von ihnen verlangen, dass sie diesem System vertrauen.

Nicht zuletzt erfordert Vertrauen auch Transparenz und Zuverlässigkeit. Die Kommission muss dem Parlament und der Öffentlichkeit über die richtigen Aspekte Bericht erstatten, und die bereitgestellten Informationen müssen angemessen kontrolliert und unabhängig geprüft werden.

Allerdings erhöht der zunehmende Einsatz von Finanzinstrumenten, die nicht direkt aus dem EU-Haushalt finanziert werden oder nicht unserer Prüfung unterliegen, die Risiken für die Transparenz, die Rechenschaftspflicht und die Koordinierung der Politiken und Maßnahmen der Europäischen Union. In unserem Sonderbericht über Finanzierungsinstrumente, zu dem Sie heute Ihre Schlussfolgerungen annehmen, stellten wir fest, dass diese Instrumente nicht immer so wirksam

waren, wie sie hätten sein sollen. Dies hat eindeutig auch Auswirkungen auf den EFSI - den Europäischen Fonds für strategische Investitionen, ein Thema, auf das wir in Kürze zurückkommen werden: Unsere Stellungnahme zur Verlängerung der Laufzeit des EFSI und zu technischen Verbesserungen am EFSI wird noch vor Ende des Monats veröffentlicht. Im nächsten Jahr werden wir Sonderberichte über Garantien für kleine Unternehmen und über im Rahmen des EFSI verwaltete öffentlich-private Partnerschaften vorlegen.

Was die Zuverlässigkeitsgewähr anbelangt, so bieten unsere Prüfungen nicht nur Sicherheit von unabhängiger Seite, sondern münden auch in Empfehlungen zur Verbesserung des EU-Finanzmanagements. Unsere Empfehlungen werden von der Kommission größtenteils akzeptiert und umgesetzt.

Allerdings unterscheidet sich der Umfang der förmlichen Folgemaßnahmen, die in den einzelnen Mitgliedstaaten ergriffen werden, erheblich voneinander, obwohl den Mitgliedstaaten unsere Empfehlungen im Allgemeinen hinlänglich bekannt sind. Daher finden wir nur wenige Anhaltspunkte für Änderungen der nationalen Politik und Praxis.

Wir wünschen uns eine engere Zusammenarbeit mit dem Rat "Wirtschaft und Finanzen", um diese Lage zu verbessern. Die Finanzordnungspolitik der EU muss verbessert werden. Wenn wir ein EU-Finanzsystem schaffen wollen, welches das Vertrauen der Bürger verdient hat, muss die EU die richtigen Reformen einleiten, und sie muss dies bald tun. Und zwar nicht nur hier in Brüssel, sondern in der gesamten Union.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich beantworte nun gerne Ihre Fragen.